

# „Das Recht, Waffen zu tragen“ von Stephen Halbrook: Buchbesprechung<sup>1</sup>

Ein Buch, das bei der anstehenden Entscheidung des Supreme Courts<sup>2</sup> über das Recht Waffen zu tragen, hilfreich sein könnte.

Von [David Kopel](#)

[Reason Magazine](#), The Volokh Conspiracy | 1. Mai 2021

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat eine wichtige Rechtssache über das Recht, Waffen zu tragen, zur Verhandlung zugelassen: [New York State Rifle & Pistol Association Inc. gegen Corlett](#). Wie es der Zufall will, ist gerade das beste Buch über die Geschichte dieses Rechts veröffentlicht worden: Stephen P. Halbrook: [The Right to Bear Arms: A Constitutional Right of the People or a Privilege of the Ruling Class?](#)<sup>3</sup>, Post Hill Press, 371 Seiten, € 17,77 (Paperback).

Halbrooks Buch wird in diesem Fall für den Supreme Court von zentraler Bedeutung sein, so wie Halbrooks frühere Arbeiten für die Entscheidungen des Supreme Courts in den Rechtssachen *District of Columbia gegen Heller* und *McDonald gegen Chicago* von zentraler Bedeutung waren – nicht nur im Hinblick auf direkte Zitate, sondern auch in Bezug auf die vielen Originalquellen, über die Halbrook als Erster schrieb und die der Gerichtshof in seine Urteilsbegründung aufnahm. In der Tat war Halbrooks Gelehrsamkeit eine Grundlage für den Fall *McDonald*, denn er hatte unwiderlegbar nachgewiesen, dass der Kongress das Vierzehnte Amendment *inter alia* zu dem ausdrücklichen Zweck verabschiedet hatte, das Recht ehemaliger Sklaven zu schützen, Waffen zu besitzen und zu tragen, um sich und ihre Familie zu verteidigen.

Wie einige Leser vielleicht wissen, habe ich gemeinsam mit Halbrook ein Buch und zwei Zeitschriftenartikel verfasst. ([Supreme Court Gun Cases](#) (2003); [Miller versus Texas: Police Violence, Race Relations, Capital Punishment, and Gun-toting in Texas in the Nineteenth Century-and Today](#), 9 Journal of Law and Policy 737 (2001); [Tench Coxe and the Right to Keep and Bear Arms in the Early Republic](#), 7 William and Mary Bill of Rights Journal 347 (1999).)

Bevor er Anwalt wurde, war Halbrook Professor für Philosophie an den Universitäten Tuskegee [Alabama], Howard [Washington D.C.] und George Mason [Washington D.C.], und *The Right to Bear Arms* spiegelt seinen Hintergrund wider. Das Buch ist Rechtsgeschichte

---

1 Alle Fußnoten wurden durch den Übersetzer eingefügt.

2 Das amerikanische „Bundesverfassungsgericht“. Näheres [hier](#) und [hier](#).

3 Deutsch: Das Recht, Waffen zu tragen: Ein Grundrecht des Volkes oder ein Privileg der herrschenden Klasse?

vom frühen England bis ins Jahr 2021, methodisch und logisch präsentiert. In dem Buch geht es nicht um sozialwissenschaftliche Pro-/Contra-Studien, und obwohl es sich mit Rechtsfällen zum Recht auf das Tragen von Waffen aus der Zeit nach *Heller* befasst, deckt der größte Teil des Buches die Zeit vor *Heller* ab.

Mit 377 Seiten hat *The Right to Bear Arms* genau die richtige Länge, um das Thema gründlich zu behandeln, unterstützt durch akribische Fußnoten. Angesichts der Rolle, die Halbrook seit 1981 als führender moderner Wissenschaftler auf dem Gebiet der Rechtsgeschichte des Second Amendments spielt, überrascht es nicht, dass einige Teile von *The Right to Bear Arms* auf Halbrooks früheren detaillierten Arbeiten zu bestimmten Themen beruhen. So behandelte er beispielsweise die Amerikanische Revolution und die Entstehung des Second Amendments in *The Founders' Second Amendment*, den Wiederaufbau [nach dem Bürgerkrieg] und das Vierzehnte Amendment in *Securing Civil Rights: Freedmen, the Fourteenth Amendment, & the Right to Bear Arms* und den Supreme Court-Fall *Presser gegen Illinois* von 1886 (gegen bewaffnete öffentliche Aufmärsche) in der einzigen juristischen Zeitschrift, die die gesamte Geschichte des Falls behandelt.

Neben Zitaten in 122 Verfahren vor Gerichten des Bundes kann Halbrook auch eine 3:0-Bilanz<sup>4</sup> als führender Anwalt vor dem Supreme Court vorweisen, darunter *Printz gegen die Vereinigten Staaten*, in dem entschieden wurde, dass die Bundesregierung den Beamten der Bundesstaaten und Kommunen nicht befehlen darf, Bundesgesetze durchzusetzen. Dieser Fall bildete die rechtliche Grundlage für die Entscheidungen vieler staatlicher und lokaler Regierungen, die Bundesbehörden bei der Durchsetzung verschiedener Gesetze im Zusammenhang mit Einwanderung, Marihuana oder Waffenkontrolle nicht zu unterstützen. Jeder, der sich ernsthaft mit der rechtlichen Debatte über das Recht, Waffen zu tragen, befasst, wird sich mit den Argumenten in Halbrooks neuestem Buch auseinandersetzen müssen.

Halbrook beginnt die Geschichte im späten dreizehnten Jahrhundert, in der Regierungszeit von Englands König Edward I. Etwa ein Drittel des Buches ist der Rechtsgeschichte des Vereinigten Königreichs bis zum einundzwanzigsten Jahrhundert gewidmet. Obwohl das amerikanische Second Amendment ausdrücklich weiter gefasst und interpretiert wurde als das englische Recht, ist das englische Recht der wichtigste Vorläufer des amerikanischen.

Das Gesetz von Northampton aus dem Jahr 1328 schränkte das Tragen von Waffen ein, insbesondere durch bewaffnete kriminelle Banden, die für lokale Machthaber arbeiteten. Nach einer 7:4-Entscheidung des Neunten Bundesberufungsgerichts in Vollbesetzung [en banc] vom März diesen Jahres bedeutet das „Recht auf das Tragen von Waffen“ [right to bear arms] des Second Amendments, dass Einzelpersonen das Tragen von Waffen außerhalb ihres Grundstücks verboten werden kann. (Die Mehrheitsmeinung im Fall *Young gegen State of Hawaii* wird demnächst von George Mocsary und mir in einem Artikel kritisiert, der in der *University of Illinois Law Review Online* erscheint: [Errors of Omission:](#)

---

4 Er hat dreimal vor dem Supreme Court geklagt und dreimal gewonnen.

[Words Missing from the Ninth Circuit's \*Young v. State of Hawaii\*](#). Unter Berufung auf die Schriften des Fordhamer Geschichtsprofessors Saul Cornell und von Patrick Charles<sup>5</sup> erklärt die Mehrheit des Neunten Gerichtsbezirks, dass das Statut von Northampton ein totales Verbot des Tragens von Waffen darstellte und dass dieses Verbot nicht nur in England im Jahr 1328, sondern auch in den amerikanischen Kolonien und dann in den Vereinigten Staaten im neunzehnten Jahrhundert angewendet und durchgesetzt wurde.

Wie Halbrook zeigt, ist dieses Argument unvereinbar mit allen bekannten Fällen, in denen das Statut von Northampton und das darin enthaltene Verbot des Tragens von Waffen „bei einer Prügelei“ ausgelegt wurde – vom 17. bis zum 21. Jahrhundert. In der Rechtsache *Sir John Knight's Case* von 1686 wurde eindeutig festgestellt, dass das Statut nur für das Tragen von Waffen *in malo animo*, also mit böser Absicht, gilt. Als John Knight, ein politischer Feind von König James II., eines Sonntags beim Kirchgang eine Schusswaffe trug, wurde er freigesprochen, da die Beweise zeigten, dass sein Waffentragen friedlich und zur Verteidigung war.

1689 erließ das Parlament die englische Bill of Rights, die garantierte, „dass die Untertanen, die Protestanten sind, zu ihrer Verteidigung Waffen haben können, die ihren Verhältnissen angemessen und gesetzlich erlaubt sind“. Weder im Wortlaut noch in der Praxis war dieses Recht auf das eigene Haus beschränkt.

Wie Halbrook im Einzelnen darlegt, waren sich die nachfolgende Rechtsprechung – und auch die parlamentarischen Debatten über Waffengesetze – darin einig, dass Einzelpersonen Waffen zur Verteidigung tragen durften, ohne dass sie eine Genehmigung benötigten. Allerdings durften sie sich nicht bewaffnet in großen öffentlichen Menschenmengen versammeln; sie durften keine „gefährlichen und ungewöhnlichen“ Waffen tragen (z.B. eine Streitaxt statt eines Schwertes), und wenn sie Nichtadelige waren, durften sie auch keine Waffen für die Jagd tragen.

Obwohl das Statut von Northampton nur selten vor Gericht angeführt wurde, blieb es bis zu seiner offiziellen Aufhebung im Jahr 1967 in Kraft. Einige wenige englische Fälle aus dem 20. Jahrhundert betrafen das Statut, und alle stimmten darin überein, dass ein wesentliches Element des Verbrechens darin bestand, dass das Tragen von Waffen „Schrecken in der Bevölkerung“ auslöste – z.B. wenn eine Person betrunken durch die Stadt lief und in ein Fenster schoss. Das friedliche Tragen von Waffen war in England völlig legal, bis 1920 ein Gesetz eine Erlaubnis mit Ermessensvorbehalt vorschrieb. Das einzige Gericht, das das Statut von Northampton jemals als Verbot des Tragens von Waffen zu Verteidigungszwecken ausgelegt hat, ist das Neunte Bundesberufungsgericht im Jahr 2021. Alle englischen Fälle besagen das Gegenteil, ebenso die amerikanischen Fälle, die das dem Statut zugrunde liegende Gewohnheitsrecht [common law] auslegten.

Bei der Beschreibung der Rechtsgeschichte des Vereinigten Königreichs zeigt Halbrook, wie oft der Ausdruck „Waffen tragen“ [bear arms] für das Tragen von Waffen durch Einzel-

---

5 Saul [Cornell](#) und Patrick [Charles](#) sind beide Befürworter strenger Waffengesetze.

personen für persönliche Zwecke verwendet wurde. Dies widerlegt die Behauptungen einiger (einschließlich des Obersten Gerichtshofs von Vermont in seiner Entscheidung *Vermont gegen Misch* aus dem Jahr 2021), dass „Waffen tragen“ nur das Tragen von Waffen im Rahmen des Dienstes in einer Miliz bedeutete.

Ein Beitrag von *The Right to Bear Arms* ist die detaillierte Analyse der Waffengesetze für Katholiken in Irland im 18. und 19. Jahrhundert, als Irland unter englischer Kontrolle stand. Wie die Gesetzestexte, Rechtsfälle und politischen Diskussionen zeigen, konnten die Engländer (einschließlich der Katholiken in England, die dem englischen Monarchen einen Treueeid leisteten) Waffen tragen, ohne dass sie eine Erlaubnis benötigten. In einer Parlamentsdebatte erläuterte Lord John Russell (der 1846-52 und 1865-66 als Premierminister amtierte) den Unterschied zwischen dem englischen und dem irischen Gesetz über das Tragen von Waffen:

„Das Recht, Waffen zu tragen, das in England ein allgemeines Recht ist und nur durch individuelle Umstände eingeschränkt wird, ist in Irland genau umgekehrt; während das Recht, Waffen zu tragen, hier die Regel ist, ist es in Irland die Ausnahme. . . . Es ist der Grundsatz aller Regierungen gewesen, dass man in Irland eine Lizenz zum Tragen von Waffen benötigt und dass das Recht, Waffen zu tragen, als Ausnahme von der allgemeinen Regel betrachtet werden sollte, obwohl es in England die allgemeine Regel ist, dass jeder Einzelne berechtigt ist Waffen ohne Erlaubnis zu tragen.“

70 Hansard's Parliamentary Debates 66 (16. Juni 1843).

Teil II von *The Right to Bear Arms* behandelt die amerikanischen Kolonien und die Verabschiedung des Second Amendments, und Teil III das 19. Jahrhundert in Amerika. Wie in England verboten die amerikanischen Gesetze und das amerikanische Common Law das Tragen von Waffen zu „offensiven Zwecken“ oder um „Terror“ zu verursachen. Mit Ausnahme von diskriminierten Personen (nämlich Sklaven und farbige Freie in einigen Sklavenstaaten) war das friedliche Tragen von Waffen ohne Genehmigung die Norm.

Die einzige Ausnahme bildete die Kolonie Ost-Jersey, die für kurze Zeit von West-Jersey getrennt war. Die Beschränkungen für das Tragen von Waffen in Ost-Jersey für die allgemeine Bevölkerung waren zu Beginn des 18. Jahrhunderts verschwunden.

Ab 1813 wurde in einigen Staaten das verdeckte Tragen von Waffen verboten. Zur Zeit des Bürgerkriegs hatten dies acht Staaten getan, und weitere folgten.

In mehreren Staaten des Nordens und des Mittleren Westens gab es Gesetze zur Friedenssicherung. Wenn eine Person Waffen in einer Art und Weise trug, die einen Landfriedensbruch zu verursachen drohte, und wenn eine Klage gegen sie eingereicht wurde, musste sie eine Kautions für gutes Verhalten hinterlegen. Dieselben Befürworter, die vor [dem] *Heller*[-Urteil] behaupteten, das Second Amendment gelte nur für Milizionäre, behaupten nun, die Gesetze zur Friedenssicherung seien ein umfassendes Verbot des Waffentragens. Halbrook untersucht das Unlogische ihrer Theorie. Den Befürwortern zufolge

war das Tragen von Waffen für die Allgemeinheit verboten, wurde aber Personen gestattet, die von einem Gericht als bedrohlich eingestuft wurden; sie, und nur sie, durften Waffen tragen, sobald sie eine Kaution hinterlegten. Wenn Staaten mit Gesetzen zur Friedenssicherung das Tragen von Waffen im Allgemeinen einschränken wollten, taten sie dies mit eindeutigen Gesetzen, z.B. mit Beschränkungen für das verdeckte Tragen.

Im 19. Jahrhundert war der Süden die Region, in der die Waffenkontrolle am eifrigsten betrieben wurde, teilweise aus rassistischen Gründen. Die meisten der ersten Gesetze gegen das verdeckte Tragen von Waffen kamen aus dem Süden, und die meisten von ihnen wurden aufrechterhalten, solange das offene Tragen erlaubt war. Saul Cornell und andere haben zwar versucht, den Süden als einzigartig darzustellen, weil nur Fälle aus dem Süden das Recht auf das Tragen von Waffen schützten (während der Gesetzgeber die Art des Tragens bestimmen durfte), aber die Wahrheit sieht anders aus. Der Grund dafür, dass es aus dem Norden der Vorkriegszeit keine Rechtsprechung zum Recht auf das Tragen von Waffen gibt, ist, dass kein nördlicher Staat das friedliche Tragen von Waffen verboten hat.

Es sollte nicht überraschen, dass die Gesetzgeber des Nordens das Recht, Waffen zu tragen, weniger einschränkten als ihre Kollegen im Süden. Wie Halbrook ausführlich darlegt, kamen, als die Konvente der Bundesstaaten über die Ratifizierung der vorgeschlagenen US-Verfassung debattierten, die meisten Forderungen nach dem, was später das Second Amendment genannt wurde, aus den Nordstaaten, die die Sklaverei bereits abgeschafft hatten oder dies bald tun würden. Die Auffassung, dass der Südosten das Recht, Waffen zu tragen, stärker befürwortete als der Nordosten, trifft zwar heute zu, aber nicht, als das Second Amendment verfasst wurde, und auch nicht in den ersten 100 Jahren danach.

Bei der Auseinandersetzung mit den Argumenten der heutigen Gegner des Rechts, [Waffen zu tragen], stellt *The Right to Bear Arms* häufig deren Worte den Worten des Dokuments gegenüber, auf das sie sich angeblich berufen. So befasste sich der Oberste Gerichtshof von Tennessee in der Rechtssache *Simpson gegen den Staat* 1833 mit dem Statut von Northampton: „Aber wenn man aus irgendeinem Grund annimmt, dass unsere Verfahren dieses englische Gesetz oder einen Teil des Common Law übernommen und mitgebracht haben, so hat unsere Verfassung es vollständig aufgehoben.“ Patrick Charles zufolge hat das Gericht im Fall *Simpson* „jedoch nie die Frage beantwortet, ob die Verfassung von Tennessee das Statut von Northampton aufgehoben hat...“.

Teil IV von *The Right to Bear Arms* führt die Thematik bis in die Gegenwart. Halbrook räumt einige Abweichungen von diesem Recht ein, wie z. B. das New Yorker Sullivan-Gesetz von 1911<sup>6</sup>, das Einwanderer ins Visier nahm und sie für das friedliche Tragen von

---

6 New York stand Anfang des 20. Jahrhunderts an der Spitze jener Staaten, die Waffenkontrollgesetze einführten und verabschiedete 1911 eines der strengsten Waffengesetze der Nation, den Sullivan Dangerous Weapons Act. Das Gesetz nahm den Namen seines politischen Initiators an: Tim Sullivan. Die innovativste Bestimmung in Sullivans Waffenkontrollgesetz war die Bestimmung, dass jeder, der eine Handfeuerwaffe besitzen wollte, zunächst eine Genehmigung einholen musste. Händlern war es verboten, einer Person ohne Genehmigung eine für das verdeckte Tragen geeignete Schusswaffe zu verkaufen, und

Waffen ins Gefängnis brachte. Ebenso gab es in mehreren westlichen Territorien weitreichende Einschränkungen für das Tragen von Handfeuerwaffen, insbesondere in den Städten. Doch als sich die Menschen in den Territorien in Konventen zusammenfanden, um Staatsverfassungen auszuarbeiten, garantierten die neuen Staatsverfassungen ausdrücklich das Recht, Waffen zu tragen. Oklahoma ermächtigte den neuen Gesetzgeber, die Art und Weise des Waffentragens zu regeln, während die meisten anderen neuen Verfassungen Änderungsanträge ablehnten, die solche Einschränkungen zuließen.

*The Right to Bear Arms* versucht nicht, jedes Rechtsproblem zu lösen. Das Buch geht davon aus, dass das Recht in der großen Mehrheit der Staaten durch die modernen Gesetze ausreichend geschützt ist, die es einer Person ermöglichen, eine Genehmigung zum Waffentragen zu erhalten, nachdem sie eine Zuverlässigkeitsprüfung und ein Sicherheitstraining bestanden hat. Was eindeutig gegen das Recht verstößt, so Halbrook, sind die Gesetze in einer Handvoll Staaten wie New York, die den Waffenschein von der Entscheidung eines Regierungsbeamten abhängig machen, ob eine Person ein besonderes „Bedürfnis“ oder einen „guten Grund“ zur Selbstverteidigung hat.

Was *The Right to Bear Arms* unbestritten zeigt, ist, dass das Recht, Waffen zu tragen, in England (nicht aber in Irland) mindestens seit dem späten 17. Jahrhundert bis 1920 gesetzlich anerkannt war. Ebenso – und mit weniger zusätzlichen Einschränkungen – taten dies die Gesetze der amerikanischen Kolonialzeit, der Gründerzeit, der frühen Republik und des restlichen neunzehnten Jahrhunderts – mit einigen Ausnahmen, die vor allem mit der Aufrechterhaltung eines rassistischen Kastensystems im Süden zusammenhingen.

Wenn der Gerichtshof im Herbst dieses Jahres das Recht aus dem Second Amendment auf das Tragen von Waffen prüft, werden die überwältigenden Beweise aus Text, Geschichte und Tradition, die Stephen Halbrook zusammengetragen hat, im Mittelpunkt des Prozesses stehen.

---

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**The Right to Bear Arms' by Stephen Halbrook: Book Review**“ kann man hier abrufen:

<https://reason.com/volokh/2021/05/01/the-right-to-bear-arms-by-stephen-halbrook-book-review/>

---

sie waren verpflichtet, über alle Waffenverkäufe Buch zu führen.